

Unterrichtung

durch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der Ostseeparlamentarierkonferenz

17. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 31. August bis 2. September 2008 in Visby, Schweden

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I Zusammenfassung	1
II Konferenzverlauf	2
II.1 Erster Sitzungsabschnitt	2
II.1.1 Bericht aus dem Rat der Ostseestaaten (CBSS)	2
II.1.2 Bericht über die Umsetzung des Eutrophikationsberichts der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)	2
II.2 Zweiter Sitzungsabschnitt zum Thema „Klimawandel und Energieeffizienz“	3
II.3 Dritter Sitzungsabschnitt zum Thema „Energieversorgung und Sicherheit, Meerespolitik und Meeressicherheit“ ..	4
III Verabschiedete EntschlieÙung	6

I Zusammenfassung

Der Deutsche Bundestag entsandte folgende Delegation zur 17. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz in Visby, Schweden:

- Abg. **Franz Thönnies** (SPD), Delegationsleiter
- Abg. **Ingbert Liebing** (CDU/CSU), stellvertretender Delegationsleiter
- Abg. **Ulrich Adam** (CDU/CSU)
- Abg. **Kurt Bodewig** (SPD)
- Abg. **Dr. Christel Happach-Kasan** (FDP)

An der 17. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 31. August bis zum 2. September 2008 in Visby (Schweden) nahmen Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 25 Parlamenten, Landtagen und Bürgerschaften sowie Vertreter der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates sowie zahlreiche Beobachter von Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und sonstigen Vereinigungen teil.

Das Generalthema der Konferenz lautete „Energieeffizienz und Klimawandel“. Die Delegierten befassten sich im Besonderen mit den Themen Umsetzung des Eutrophikationsberichts der BSPC, Energieversorgung und Energiesicherheit, Meerespolitik und Meeressicherheit sowie mit Berichten aus den Arbeitsgruppen der BSPC, dem Bericht aus dem Rat der Ostseestaaten (Council of the Baltic Sea States, CBSS) und dem Bericht der Berichterstatterin des BSPC über die Arbeit der Helsinki-Kommission (HELCOM).

Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses der BSPC wählten **Christina Gestrin** (Finnland) zu ihrer Vorsitzenden bis zum Ende der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz. Die Delegierten stimmten dem Vorschlag zu, den Aufbau des Baltic Sea Labour Network (BSLN) zu unterstützen.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz schloss mit einer von den Delegierten verabschiedeten gemeinsamen EntschlieÙung. In dieser EntschlieÙung wiederholen die Delegierten ihre Besorgnis über den Zustand der terrestrischen und der maritimen Umwelt in der Ostseeregion. Sie begrüßen die Verabschiedung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes als ein zentrales Instrument für die Wiederherstellung eines guten Zustands der Umwelt der Ostseeregion bis zum Jahr 2021. Sie fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die Europäische Union (EU) auf,

- eng für die Erreichung dieser Ziele auch mit den Nichtregierungsorganisationen zusammenzuarbeiten sowie sich voll und ganz für die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplanes einzusetzen,

- die Ostseeregion zur maritimen Modellregion Europas zu entwickeln sowie die globalen Regelungen zur Sicherheit und zum Schutz der Meeresumwelt weiter zu unterstützen,
- gemäß den Empfehlungen der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz in Berlin und der BSPC-Arbeitsgruppe Eutrophierung aktiv Maßnahmen gegen die Eutrophierung zu ergreifen,
- die Reduzierung von Kohlendioxid-Emissionen durch den Ausbau regionaler Energie-Kooperationen zu unterstützen und voranzutreiben,
- Projekte zur Übertragung von Energie und Energieträgern sowie den Bau und die Nutzung von Windkraftanlagen auf dem Festland und vor der Küste zu fördern,
- ein Überwachungssystem für den kombinierten Verkehr im Ostseeraum voranzutreiben,
- sicherzustellen, dass alle Staaten der Ostseeregion fortlaufend auf die Ratifizierung sowie die wirksame Umsetzung und Durchsetzung bestehender Instrumente der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) hinarbeiten sowie
- die Harmonisierung von Verkehrsleitsdiensten (Vessel Traffic Services – VTS) in der gesamten Ostseeregion voranzutreiben,
- zur Förderung des überregionalen Arbeitsmarktes faire, klare und zugängliche Regeln für die Mobilität von Arbeitskräften, die Niederlassung von Unternehmen und die Erbringung von Dienstleistungen festzulegen,
- die Zusammenarbeit im Bereich von Bildung und Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion weiter auszubauen sowie
- eine aktive Politik zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Harmonisierung der Berufsbildungsmaßnahmen und zur Stärkung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern zu betreiben.

Die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz begrüßt und unterstützt den Text der Erklärung zur Reform des Ostseerates, in dem die Prioritäten der regionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum dargelegt werden. Sie nimmt mit Befriedigung die positive Entwicklung des Dialogs und des Informationsaustauschs zwischen der BSPC und dem Ostseerat zur Kenntnis.

Die 18. Ostseeparlamentarierkonferenz soll vom 30. August bis 2. September 2009 in Nyborg, Dänemark, stattfinden.

II Konferenzverlauf

Die Ostseeparlamentarierkonferenz wurde von **Sinnika Bohlin** (Schweden), Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der BSPC, eröffnet. In ihren Grußworten unterstrichen **Per Westerberg**, Präsident des schwedischen Reichstags, **Marianne Samuelsson**, Gouverneurin der In-

sel Gotland, und **Kent Olson** (Schweden) als Vertreter des Ständigen Ausschusses der BSPC, die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Ostseeregion für den Umweltschutz sowie für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die öffentliche Sicherheit. Angesichts der globalen Herausforderungen bliebe auch den Parlamentarierinnen und Parlamentariern keine andere Wahl mehr als international zusammenzuarbeiten, wenn tragfähige und dauerhafte Lösungen gefunden werden sollten.

II.1 Erster Sitzungsabschnitt

II.1.1 Bericht aus dem Rat der Ostseestaaten (CBSS)

Botschafter **Karsten Petersen** (Dänemark), Vorsitzender des Ausschusses der leitenden Beamten des Rates der Ostseestaaten, führte aus, dass die zweimal jährlich stattfindenden Ratstreffen als Forum dienten, Herausforderungen in und Lösungen für die Ostseeregion unter den Teilnehmerstaaten zu diskutieren. Neben einer strukturellen Reform der Organisation CBSS wolle sich der Rat inhaltlich in Zukunft folgenden fünf Schwerpunkten widmen: 1. Umwelt, 2. wirtschaftliche Entwicklung bzw. Wettbewerb und Innovation, 3. Energie, 4. Bildung und Kultur sowie 5. Sicherheit und menschliche Dimension. Für diese Schwerpunkte könnten Lösungsansätze nur gemeinsam erarbeitet werden. Wichtig sei, über Synergie Doppelarbeit zu vermeiden und die gemeinsamen Anstrengungen auch zu organisieren. Ein unverzichtbarer Partner hierbei sei die Europäische Union. Das Potential dieser Partnerschaft hätten die Regierungschefs jüngst auf dem Gipfel von Riga gewürdigt. In diesen Diskussions- und Arbeitsprozess müssten auch Island, Norwegen und Russland eingebunden werden. Darüber hinaus bleibe die Notwendigkeit einer regionalen Zusammenarbeit bestehen. Insgesamt komme es darauf an, alle Aktivitäten effektiv und partnerschaftlich zu organisieren. Die Arbeit der BSPC könne diesen Prozess maßgeblich unterstützen.

II.1.2 Bericht über die Umsetzung des Eutrophierungsberichts der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Kristina Gestrin (Finnland) berichtete über die Umsetzung des BSPC Eutrophierungsberichts und des Aktionsplanes der Helsinki-Kommission (HELCOM), der im Herbst 2007 in Krakau angenommen worden war. Sie rief in Erinnerung, dass sich die Arbeitsgruppe Eutrophierung der BSPC auf die Schwerpunkte Landwirtschaft, Ab- und Schmutzwässer, Nitratemissionen, Seetransport, Forschung und Entwicklung sowie öffentliche Sensibilisierung konzentriert habe. Der Ständige Ausschuss der BSPC habe im Oktober 2007 einen Berichtersteller für die Weiterverfolgung der Umsetzung der Empfehlungen der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz benannt und dieses Mandat auch auf den HELCOM-Aktionsplan ausgedehnt, weil dieser im Bereich Eutrophierung gleiche Schwerpunkte verfolge. Ein Ziel sei, dass bis zum Jahr 2010 alle Ostseeanrainer eigene nationale Aktionspläne entwickelt haben sollten, wenn der angestrebte gute ökolo-

gische Status der Ostsee bis 2021 erreicht werden solle. Eine Möglichkeit, diesem Ziel näher zu kommen, sei eine effiziente Abwasserreinigung und das Verbot von phosphathaltigen Waschmitteln. Allein hierdurch könnte eine Senkung des Phosphatgehalts der Ostsee um 20 Prozent erreicht werden. Auch die Landwirtschaft müsse mehr als bisher in die Pflicht genommen werden, Verunreinigung durch Hühner- oder Schweinezuchtbetriebe zu vermeiden oder auf phosphatfreie Dünger umzustellen. Die durch den Klimawandel angestiegenen Niederschlagsmengen lösten große Mengen dieser Substanzen aus den Böden aus und spülten diese ins Meer. Anfang März 2008 sei allen Parlamenten der Ostseeregion ein Fragebogen zugegangen, der Fakten über die Informationspolitik zum Eutrophierungsbericht erhebe. Antworten lägen bisher aus Norwegen, Litauen, Deutschland, Estland, Finnland und Polen vor. Leider befänden sich viele Maßnahmen erst in der Planungsphase. Insgesamt sei feststellbar, dass die Beratungen zur Umsetzung des Aktionsplans positiv verliefen und der Umsetzungsprozess vorangehe. Es sei jedoch ein eindeutiger politischer Wille zur Umsetzung und Finanzierung des Aktionsplans notwendig, wenn die gesteckten Ziele erreicht werden sollten.

In der nachfolgenden Debatte beteiligten sich Delegierte aus Finnland, Åland, Polen, Norwegen und Deutschland. Die Abgeordnete **Dr. Christel Happach-Kasan** unterstrich, dass die Ostsee ein sehr sensibles Meer sei. Sie biete aufgrund ihrer geologischen Lage und der biologischen Bedingungen für die in ihr lebenden Organismen bereits unter „normalen“ Umständen einen schwierigen Lebensraum. Die Bekämpfung der Eutrophierung müsse daher ganz oben auf der Maßnahmenliste stehen. Es gebe – neben dem Bericht der BSPC – zahlreiche Gutachten, die nicht nur die Sachlage analysierten, sondern auch konkrete Empfehlungen vorlegten. Es komme jetzt darauf an, die vorhandenen Erkenntnisse in konkrete Politik umzusetzen.

II.2 Zweiter Sitzungsabschnitt zum Thema „Klimawandel und Energieeffizienz“

Staatssekretär und leitender Kommissar für Umweltschutz **Andrzej Jagusiewicz** (Polen) führte aus, dass der Klimawandel in den letzten einhundert Jahren aufgrund der steigenden Emissionen aus fossilen Brennstoffen verursacht worden sei. Die billige und leicht zugängliche Energie habe nicht nur zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand, sondern auch zur Verschwendung von Energie und zu Produkten geführt, die mit hohem Energieeinsatz hergestellt würden. Eine aus diesem Konsumverhalten der Menschen entstandene Umweltverschmutzung sei die heute sichtbare Folge. Die Forderung nach Energieeinsparungen und einer Steigerung der Energieeffizienz mit dem Ziel Emissionen zu reduzieren, führe zwangsläufig zur Frage, wie sich das Konsumverhalten der Menschen ändern müsse, um die gesteckten Umwelt- und Wachstumsziele zu erreichen. Die Diskussion und das Nachdenken darüber gelte es anzustoßen. Die Ostseeparlamentarierkonferenz sei hierfür ein gutes Forum. Die Umsetzung einer nachhaltigen Energiestrategie habe für Polen eine hohe Priorität, denn sie führe letztlich auch zu mehr Umweltschutz und einer saubereren Ostsee.

Johann-Marcus Carlsson-Reich (Schweden), Europäische Kommission, bestätigte die Auffassung seines Vordrängers, dass die menschlichen Aktivitäten die Hauptursache für den Klimawandel seien. Der messbare Temperaturanstieg in den letzten Jahrzehnten habe enorme Konsequenzen nicht nur für das Ökosystem mit sich gebracht. Die damit verbundenen wirtschaftlichen und finanziellen Folgen seien noch nicht abzusehen. Sir Nicolas Stern habe vorgerechnet, dass die Kosten des Klimawandels (Dürre, Hitze, Kälte, Hochwasser) bis zu 20 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts ausmachen könnten. Danach würde die konsequente Einleitung von Gegenmaßnahmen nur einen Bruchteil dieser Summe ausmachen. Die bisher geführte statische Diskussion über die Kosten verstelle den Blick auf die ökonomischen Möglichkeiten. Europa brauche Partner, um die anstehenden ökologischen Herausforderungen zu meistern, auch unter den Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Umweltweltkonferenz in Bali sei ein guter Auftakt gewesen, deren Ergebnisse es jetzt mit Substanz zu füllen gelte. Viele Länder schauten zudem auf die Europäische Union und billigten ihr eine Führungsrolle beim Umweltschutz zu. Bei den von ihr bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes werde sie als stark, glaubwürdig und mit einer Stimme sprechend wahrgenommen. Hauptziel müsse jetzt die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie sein. Deren Kernelemente stellten den Ausbau erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz dar. Hierin sehe er auch ein Signal an die anderen Länder der Welt, sich dieser Politik anzuschließen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur und Umweltschutz des Westpommerschen Regionalparlamentes **Olgierd Geblewicz** (Polen) sprach für die südlichen Länder des parlamentarischen Ostseeforums. Deren Mitglieder seien das westpommersche und pommersche Regionalparlament, die Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sowie die Duma von Kaliningrad und das Regionalparlament von Warmian-Masurian. Vorrangiges Ziel sei die Förderung gemeinsamer Interessen in den Bereichen Struktur-, Tourismus- und Jugendpolitik, integrierte maritime Politik, Umweltschutz, die Bewahrung des nationalen Erbes sowie erneuerbare Energien. Die von dem Gremium verabschiedeten Empfehlungen befassten sich mit den gleichen Themen, die auch andere parlamentarische Versammlungen behandelten. Das zeige den gemeinsamen Willen, die überregional formulierten Ziele auch auf regionaler Ebene aufzugreifen und zu diskutieren.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich Teilnehmer aus Luxemburg, Schweden, Polen, Dänemark, Deutschland, St. Petersburg und Schleswig-Holstein. Die Diskussionsteilnehmer sprachen die Themen Umweltbildung, technische Umsetzung von Reduktionszielen, Innovation, Landstromversorgung von Schiffen sowie Abfallmanagement und Kampfstoffe in der Ostsee an. Der Abgeordnete **Kurt Bodewig** wies darauf hin, dass der Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung eine der zentralen Zukunftsaufgaben für das 21. Jahrhundert sei. Die erneuerbaren Energien leisteten dazu einen wesentlichen Bei-

trag. Insbesondere die Windenergie werde kurz- und mittelfristig eine dominierende Rolle einnehmen. Mit zunehmender Nutzung der Windenergie müssten jedoch immer größere Energiemengen in die deutschen und europäischen Stromnetze integriert werden. Er rege daher an, bei zukünftigen Betrachtungen auch diese Infrastrukturfragen mit zu berücksichtigen.

Mart Jüssi (Estland, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Energie und Klimawandel) berichtete über den Diskussionstand in der Arbeitsgruppe. Er betonte – auch mit Blick auf seine Vorredner – die Notwendigkeit einer internationalen und regionalen Zusammenarbeit in dem Themenfeld. Bei den nächsten Treffen werde die Arbeitsgruppe noch die Themen Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, die Entwicklung von Szenarien in der Ostseeregion für den Aufbau erneuerbarer Energiequellen, internationale Zuschuss- und Darlehensbeschaffung für die Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in der Ostseeregion, Nachbereitung der BSPC von Visby und Vorbereitung auf die Posener und Kopenhagener Klimakonferenzen diskutieren. Das Ziel der BSPC müsse sein, sich erfolgreich in den internationalen Diskurs über das Thema durch die Formulierung von konkreten Zielen einzubringen. Der Bericht der Arbeitsgruppe werde zur 18. Ostseeparlamentarierkonferenz fertig gestellt sein.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich Teilnehmer aus den Niederlanden, Island, Deutschland und vom Baltic Sea Forum. Die Abgeordnete **Dr. Christel Happach-Kasan** bemerkte grundsätzlich, dass die Ostseeregion beispielgebend für eine gute Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg sei. Sie sei zuversichtlich, dass mit der Verabschiedung des Ostseeaktionsplans in den Ostseeländern die richtigen Schritte zum Schutz der Ostsee unternommen würden. Sie freue sich über die hohe Sensibilität der Parlamentarier der Ostseeanrainerstaaten gegenüber Fragen des Klimaschutzes, der Forschung und Entwicklung und über deren Engagement für erneuerbare Energien und die Stärkung der gegenseitigen Information und der Zusammenarbeit. Klima schützen heiße, den Kohlendioxidausstoß zu senken. Wie so etwas in der Praxis aussehen könne, zeigten in der Ostseeregion viele gute Beispiele. Der Abgeordnete **Kurt Bodewig** sah vier Prioritäten, an denen sich eine effektive Klimaschutzpolitik zu orientieren habe: 1. Eine bessere Förderung von Forschung und Entwicklung, 2. die Entwicklung von neuen Speichermöglichkeiten für die Windkraft-Stromproduktion, 3. die Verbesserung der Energieeffizienz im Althausbestand und 4. die Schaffung von Anreizsystemen für Energieeinsparung.

II.3 Dritter Sitzungsabschnitt zum Thema „Energieversorgung und Sicherheit, Meerespolitik und -sicherheit“

Erkki Tuomioja (Finnland), Außenministerin a. D. und Vorsitzende des Nordischen Rates (Nordic Council), konzentrierte sich in ihrem Vortrag insbesondere auf das Thema Sicherheit in der Energieversorgung. In den meis-

ten Diskussionen werde oftmals nur auf den Aspekt Versorgungssicherheit abgestellt, nicht aber auf Fragen der Sicherheit von Produktionsstätten und Transporteinrichtungen z. B. vor terroristischen Anschlägen. Verstärkt werde das Sicherheitsproblem dadurch, dass die Förderstätten meist in Ländern lägen, in denen politische Probleme und Konflikte die Energieförderung und -lieferung gefährdeten. Eine Reduktion des Gefahrenpotenzials sei nur durch eine verstärkte multilaterale Zusammenarbeit aller Beteiligten möglich. Lange Zeit sei man vom Nahen Osten bei Energielieferungen abhängig gewesen. Heute nehme Russland mit seinen Öl- und Gaslieferungen für Europa diese Position ein. Das Land habe bereits einen Anteil von 24 Prozent an allen Gaslieferungen in die EU, mit steigender Tendenz. Sie sei der Auffassung, dass das Bemühen um eine wachsende Unabhängigkeit von einzelnen Exporteuren nicht nur unter dem Gefahrenaspekt, sondern auch als Chance begriffen werden sollte.

Einige Bedrohungen, z. B. durch einen Unfall bei der North-Stream-Gas-Pipeline, würden in den Sicherheits-szenarien mit übertriebener Aufmerksamkeit bedacht. Die ökologischen Bedenken seien durchaus ernst zu nehmen, weil es sich um eine sensible Region handle, durch die die Pipeline führe. Nach dem gegenwärtigen Stand von Umweltschutzstandards dürfte jedoch hier keine Gefahr drohen. Sie sei sogar der Auffassung, dass diese geringer sei als wenn die gleiche Menge per Schiff transportiert werden müsste. Es sei zudem davon auszugehen, dass Russland als Lieferant und Deutschland als Empfänger gleiche Interessen bei den Sicherheitsstandards in allen Bereichen hätten. Dies zeige, dass gegenseitig akzeptierte Interessen zu einem Mehr an Versorgungs- und Unfallssicherheit führten.

Georgy Leontev (Russland) stellte fest, dass Versorgungssicherheit und der effiziente Umgang mit Energie ganz oben auf der Prioritätenliste der Industrienationen stünden. Russland als Energielieferant sei bereit, seinen Beitrag in diesem Bereich zu leisten. Es sei allerdings wichtig, nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte im Blick zu haben, sondern auch den humanitären Aspekten Beachtung zu schenken, die der ungleiche Zugang zu Energie verursache. Der Zugang zu Energie, der Energieverbrauch und -bedarf seien auf der Welt höchst unterschiedlich. Es müsse gerade für ärmere Länder irritierend wirken, dass in den „reichen“ Industrienationen immer noch zuviel Energie verschwendet werde, während sie anderswo nicht mehr bezahlbar sei. Der Energiemarkt sei in hohem Maße reguliert und politisiert, wie z. B. die Ereignisse des Lieferstopps gezeigt hätten. Zudem erschütterten Spekulationen den Markt und brächten erhebliche Preis- und Marktverzerrungen mit sich. Diese Verzerrungen könnten nicht durch eine Steigerung der Förderung abgestellt werden, wenn sich die Verteilung und der Zugang zur Ressource Energie und das Verbraucherverhalten nicht änderten. Mit dem wachsenden Energiebedarf – die Internationale Energieagentur (IEA) rechne bis 2030 mit einem jährlichen Anstieg des Primärenergieverbrauchs um durchschnittlich 1,6 Prozent – verschärfe sich der Verteilungskampf zwischen den Regionen. Russland beispielsweise, das die weltgrößten

Gasreserven besitze, baue nicht nur neue Pipelines nach Westeuropa, sondern nehme auch die neuen Absatzmärkte in Asien ins Visier. Aus diesem Grund sei es für die Europäer ratsam, intensiver über alternative Energieträger nachzudenken als bisher. Russlands Abhängigkeit von westeuropäischen Importen (z. B. Lebensmittel) werde sich mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung verringern, und die bisher auf dieser Basis gemachten Geschäfte auf Gegenseitigkeit würden zurückgehen. Wenn es Europa nicht gelinge, neue Energieträger zu finden, könnte es in eine immer größere Abhängigkeit bei der Energieversorgung geraten.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich Teilnehmer aus Schweden, Finnland, Russland und Deutschland. Die Abgeordnete **Dr. Christel Happach-Kasan** merkte zu dem Vortrag von Georgy Leontev an, dass ihrer Kenntnis nach, was die Energieeffizienz betreffe, Russland sich eher am Schluss der Rangliste bewege. Die EU insgesamt nehme einen Mittelplatz ein.

Sylvia Bretschneider (Landtagspräsidentin Mecklenburg-Vorpommern) berichtete im ersten Teil ihres Vortrags über ihre Eindrücke als Beobachterin der BSPC bei der Helsinki-Kommission (HELCOM). Der von der HELCOM im November 2007 verabschiedete Ostseeaktionsplan solle als Modell einer Regional-Konvention für die Ostsee und als Bestandteil der Europäischen Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie vom 17. Juni 2008 fungieren. Dazu gehöre, dass durch eigenständige Maßnahmen der Ostseeanrainerstaaten bis spätestens 2020 ein guter Zustand der Meeresumwelt erreicht werden solle. Dafür und für eine gerechte Lastenverteilung liefere der Aktionsplan Zielvorgaben. Das Thema Ostseepipeline durchziehe viele HELCOM-Sitzungen wie ein roter Faden. Dieses privatwirtschaftliche Projekt mit gesamteuropäischer Dimension sei 2003 durch Beschluss des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates in den Rahmen der Transeuropäischen Netze (TEN) aufgenommen worden. Völkerrechtliche Verpflichtungen zum Schutz der Umwelt und Beteiligungsrechte würden eingehalten. Dies entspreche auch einer Forderung des Europäischen Parlaments. Das Konsortium habe bisher nur eine unvollständige Umweltverträglichkeitsdokumentation vorgelegt. Dies sei berechtigterweise kritisiert worden. Derzeit werde die Dokumentation überarbeitet. Die nationalen Umweltverträglichkeitsverfahren sollten bis Ende des Jahres abgeschlossen und dokumentiert sein. Daran würden sich 2009 weitere Beteiligungs- und Konsultationssitzungen anschließen.

Der zweite Teil des Vortrags befasste sich mit dem Thema maritime Sicherheit, die auch im Segment „Maritime Aktivitäten“ des Ostseeaktionsplans eine bedeutende Rolle einnehme. Mit der Verabschiedung der HELCOM-Kopenhagen-Erklärung im Jahr 2001 – zu der die BSPC inhaltlich beigetragen habe – seien wichtige politische Forderungen zur Verbesserung der maritimen Sicherheit aufgegriffen worden. HELCOM überprüfe regelmäßig den Umsetzungsstand dieser Erklärung, d. h. sie überwache, analysiere und evaluiere rechtliche Lücken sowie Umsetzungsdefizite in den Anrainerstaaten. Es sei zu

konstatieren, dass die meisten Verpflichtungen von den Vertragsstaaten erfüllt würden und die Ostsee in den vergangenen Jahren sicherer geworden sei. Vorrangig sei nach wie vor, die Einleitung von Schiffsabwässern zu stoppen. Noch immer können Kreuzfahrt- und andere Fahrgastschiffe ihre Abwässer unbehandelt in die Ostsee einleiten. Aus diesem Grund müsse die BSPC die Bemühungen der Helsinki-Kommission unterstützen, bei der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) die Ausweisung der Ostsee als Sondergebiet mit Einleitungsverbot für Schiffsabwässer zu erwirken. Ein weiteres Umweltproblem durch die Seefahrt seien Luftemissionen aus dem Schiffsbetrieb. Angesichts der drastischen Emissionszunahmen und -auswirkungen habe HELCOM den Umweltausschuss der IMO gebeten, für strengere internationale Bestimmungen einzutreten. Abschließend hielt sie fest, dass der Ostseeaktionsplan ein hervorragendes Instrument sei, den Zustand des Meeres zu verbessern, ohne ökologische und ökonomische Belange gegeneinander auszuspielen. Er stelle zudem ein gelungenes Regionalmodell für eine zukunftsweisende Meerespolitik in Europa dar.

Der Parlamentarische Staatssekretär **Franz Thönnies** (Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“) erläuterte in seinem Bericht den Stand der Diskussion in der Arbeitsgruppe. Er führte aus, dass man sich in den bisherigen Treffen mit einem Überblick über die Grenzregionen mit grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten in der Ostseeregion sowie den dazu vorliegenden Daten befasst habe. Die Daten zeigten, dass sich die Zahl der Grenzpendler in den letzten Jahren ständig auf eine aktuelle Zahl von – geschätzt – 60 000 bis 85 000 Menschen erhöht habe. Hierfür gebe es zahlreiche Gründe: Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU, Verhinderung oder Beendigung von Arbeitslosigkeit, bessere Einkommenschancen, bessere Arbeits- und/oder Wohnbedingungen, bessere Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, soziale Sicherheit und Stabilität sowie bessere Möglichkeiten für Bildung, Karriere und Beschäftigung. Die Zahlen machten auch deutlich, dass grenzüberschreitende Arbeitsmärkte die Beschäftigungschancen verbesserten und zu einer dynamischeren Entwicklung der Regionen beitragen könnten. Die Erfahrungen zeigten, dass bei den Entscheidungen zur Arbeitsaufnahme im Nachbarland eine Vielzahl von Fragen für Arbeitnehmer, aber auch für Arbeitgeber entstünden. Diese beträfen alle Bereiche der sozialen Sicherheit sowie – vor dem Hintergrund unterschiedlicher steuerrechtlicher Regelungen – des Steuerrechts. Einige Regionen und Länder hätten hierauf in den vergangenen Jahren bereits mit der Einrichtung von Informationszentren, Internet-Plattformen oder Grenzpendlerprojekten reagiert. Ein zweites Schwerpunktthema der Arbeitsgruppe sei die Jugendarbeitslosigkeit gewesen. Die Länderberichte zur Jugendarbeitslosigkeit machten die Vielfalt der Ursachen für dieses Phänomen deutlich. Die Maßnahmen in den Ostseeanrainerstaaten zur Integration arbeitsloser Jugendlicher in den Arbeitsmarkt seien ähnlich, wie z. B. die Förderung der frühzeitigen Orientierung in der Schule auf die Arbeits-

welt durch Berufsinformationen und Praktika in Unternehmen, Integration junger Migranten, der Aufbau von Netzwerken und die Entwicklung regionaler Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte und vieles mehr. Die

Arbeitsgruppe werde ihre Einschätzungen und Empfehlungen in einem Abschlussbericht für die 18. Ostseeparlamentarierkonferenz 2009 zusammenfassen.

III Verabschiedete EntschlieÙung

Konferenz-EntschlieÙung

angenommen durch die 17. Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Teilnehmer der Konferenz*, gewählte Repräsentanten aus den Ostseestaaten, die sich vom 31. August bis 2. September 2008 in Visby, Schweden versammelten,

- um die Zusammenarbeit in der Ostseeregion, Klimawandel und Energieeffizienz, Energieversorgung und Versorgungssicherheit, Eutrophierung, maritime Politik und den Ostseeaktionsplan sowie Arbeitsmarktfragen und soziale Angelegenheiten zu erörtern,
- wiederholen noch einmal ihre tiefe gemeinsame Besorgnis über den Zustand der terrestrischen Umwelt und der Meeresumwelt in der Ostseeregion und begrüßen den HELCOM-Ostseeaktionsplan als zentrales Instrument für die Wiederherstellung eines guten Zustands der Umwelt der Ostsee bis zum Jahr 2021,
- fordern die Regierungen in der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die Entwicklung einer EU-Strategie für den Ostseeraum in Betracht zu ziehen und sicherzustellen, dass diese Strategie mit den bestehenden Kooperationsformen in der Region, nämlich dem Ostseerat und der neuen Politik der Nördlichen Dimension, abgestimmt wird, u. a. durch Maßnahmen zur Stärkung des Dialogs und der Koordinierung mit parlamentarischen Organisationen und Parlamentariern aus dem Ostseeraum;
2. die Koordinierung der Aktivitäten zwischenstaatlicher Akteure und anderer Interessenvertreter im Sinne einer umwelt- und finanzpolitischen Effizienz im Ostseeraum zu fördern und dabei die Entwicklung einer Arbeits- und Aufgabenteilung entsprechend den jeweiligen Zielen und Kompetenzen zu begünstigen;
3. die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen in der Ostseeregion zu unterstützen, zu erleichtern und zu beachten, vor allem hinsichtlich der Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für Fragen der Umwelt, des Klimawandels, des Arbeitsmarktes und sozialer Angelegenheiten, sowie für andere relevante Themen;

im Hinblick auf den Klimawandel und Energiefragen in der Ostseeregion

4. sich bei der Entwicklung von Strategien vor der 14. Vertragsstaatenkonferenz 2008 in Posen und der 15. Vertragsstaatenkonferenz 2009 in Kopenhagen abzustimmen und zusammenzuarbeiten, um dafür zu sorgen, dass von der Ostseeregion ehrgeizige Maßnahmen zur Minderung der vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen gemeinsam unterstützt werden, indem
 - sie eine signifikante Reduzierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2020 empfehlen, so wie sie von der Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Annex-1-Länder gemäß dem Kyoto-Protokoll auf der 13. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention auf Bali beschlossen wurde und
 - sie den Empfehlungen des Rates der Europäischen Union zur Erreichung einer signifikanten Reduzierung der Emissionen bis zum Jahr 2050 im Vergleich zu 1990 Folge leisten;
5. enger zusammenzuarbeiten, um die Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels zu verringern, die Fähigkeit zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu verbessern und die Fähigkeit zur Verhinderung und Bewältigung der negativen Folgen des Klimawandels (wie z. B. Naturkatastrophen und technisch bedingte Zwischenfälle) zu verbessern;
6. die Fähigkeit zur Unterstützung und Koordinierung der regionalen Energie-Kooperation im Ostseeraum bei der Entwicklung eines integrierten und optimierten regionalen Ansatzes zur Lösung der Energieprobleme in der Ost-

* Parlamente der Freien Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, Lettlands, der Region Leningrad, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, der Region Murmansk, Norwegens, Polens, Föderationsrat der Bundesversammlung der Russischen Föderation, Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, Parlamente der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, Baltische Versammlung, Nordischer Rat, Parlamentarische Versammlung des Europarats, Parlamentarische Versammlung Nordwest-Russlands.

seeregion unter Berücksichtigung der verschiedenen Energie-Mix-Regelungen in den einzelnen Ländern der Region und der Möglichkeiten zur Entwicklung grenzüberschreitender Stromnetzverbindungen zu stärken;

7. den Bau und die stärkere Nutzung von Windkraftanlagen auf dem Festland und vor der Küste zu unterstützen, sowie die Investitionen für den Auf- und Ausbau neuer Drehstromversorgungsnetze zu erhöhen und die Entwicklung eines europäischen Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetzes zu fördern, um den Netzverbund in Europa zu verbessern;
8. die Schaffung eines Systems für den kombinierten Verkehr im Ostseeraum zu fördern, um Energie zu sparen und den Ostseeraum zu einer Modellregion in Europa zu machen;
9. Projekte zur Übertragung von Energie und Energieträgern zu unterstützen, mit denen die Umweltbelastungen für die Ostsee und die Störung der Umwelt minimiert sowie die Versorgungssicherheit erhöht werden kann, ohne die Sicherheit eines oder mehrerer Staaten in der Ostseeregion zu beeinträchtigen;
10. effektivere Maßnahmen zur Entwicklung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparungen in allen Bereichen in der Ostseeregion z. B. durch Technologie-Transfer, Forschung und Entwicklung sowie berufliche Bildung zu fördern und gleichzeitig Initiativen zur Nutzung der positiven Potenziale umweltfreundlicher Technologien in Bezug auf Forschung, Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung zu ergreifen;

im Hinblick auf den Ostseeaktionsplan und die integrierte Meerespolitik

11. sich voll und ganz für die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans und die Arbeit der Gruppe zur Umsetzung des Ostseeaktionsplans einzusetzen, z. B. durch uneingeschränkte Einhaltung der Ziele für die Reduktion von Nährstoffen in jeder Teilregion der Ostsee sowie durch die Ausarbeitung nationaler Aktionsprogramme, die spätestens auf der HELCOM-Ministertagung 2010 berücksichtigt werden sollten;
12. gemäß den Empfehlungen der 16. Ostseeparlamentarierkonferenz und der BSPPC-Arbeitsgruppe Eutrophierung aktiv Maßnahmen gegen die Eutrophierung zu ergreifen, z. B. durch die Förderung von Forschung und konkreten Maßnahmen zur Bindung und Reduzierung von Phosphor in der Ostsee, sowie durch den Bau neuer Kläranlagen, die Förderung des Einsatzes phosphatfreier Waschmittel und die Minderung von Emissionen aus den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr, Gewerbe und Haushalte;
13. konkrete Schritte zu ergreifen, um die Ostseeregion zur maritimen Modellregion Europas zu entwickeln, wobei die Meerespolitik als Teil eines umfassenderen Rahmens aus nachhaltiger Entwicklung, Umweltbelangen, Raumplanung und Sicherheit auf See sowie Intermodalität im Einklang mit der Meerespolitik der IMO (Seerecht) und der EU zu sehen ist;
14. die globalen Regelungen zur Sicherheit und zum Schutz der Meeresumwelt weiter zu unterstützen, um dadurch sicherzustellen, dass alle Schiffe, welche die Ostsee befahren, unabhängig von ihrer Flagge die gleichen hohen Sicherheits- und Umweltstandards erfüllen;
15. sicherzustellen, dass alle Staaten der Ostseeregion fortlaufend auf die Ratifizierung, sowie die wirksame Umsetzung und Durchsetzung bestehender IMO-Instrumente hinarbeiten;
16. die Schaffung eines IMO-Regelwerks – vorzugsweise schon im Jahr 2008 – zu unterstützen, mit dem ehrgeizige und verbindliche Regelungen zur Reduzierung der gesamten globalen CO₂-Emissionen von Schiffen eingeführt werden sollen;
17. angesichts der u. a. starken Zunahme von Öltransporten auf der Ostsee und der strengen winterlichen Witterungsbedingungen besonders im nördlichen Teil der Ostsee weiterhin konkrete und wirksame Schritte im Rahmen der IMO zu ergreifen, um für verbindliche Regelungen zur Sicherheit für die Schifffahrt und das Personal zu sorgen;
18. die Harmonisierung von Verkehrsleitdiensten (Vessel Traffic Services – VTS) in der gesamten Ostseeregion, sowie ein Programm für die sukzessive Entwicklung und Einführung eines satellitengestützten Systems zur Überwachung der Emissionen von Schiffen zu unterstützen;
19. die schrittweise Entwicklung einer landgestützten Stromversorgung für Fracht- und Passagierschiffe in Häfen im Hinblick auf die internationale Entwicklung zu unterstützen;

im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und soziale Angelegenheiten

20. faire, klare und zugängliche Spielregeln für die Mobilität von Arbeitskräften, die Niederlassung von Unternehmen und die Erbringung von Dienstleistungen festzulegen, z. B. indem in Bezug auf die in den einzelnen Ländern geltenden Regeln und Vorschriften Transparenz geschaffen wird und indem das bereits bestehende Netz von Informationszentren in die nördlichen und östlichen Bereiche der Ostseeregion ausgeweitet wird;

21. die Zusammenarbeit im Bereich von Bildung und Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung als Mittel zur weiteren Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion weiter auszubauen;
22. weiter eine aktive Politik zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zur Harmonisierung der Berufsbildungsmaßnahmen und zur Stärkung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern zu betreiben;

Ferner

23. weiß es die Ostseeparlamentarierkonferenz zu schätzen, dass die Regierungschefs auf dem 7. Gipfel der Ostseestaaten am 4. Juni 2008 in Riga den engen und regelmäßigen Dialog zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz, die vertiefte Zusammenarbeit und die Bedeutung einer Fortsetzung dieser Zusammenarbeit anerkannt haben;
24. begrüßt und unterstützt die Ostseeparlamentarierkonferenz den Text der Erklärung zur Reform des Ostseerates, in dem die Prioritäten der regionalen Zusammenarbeit im Ostseeraum dargelegt werden;
25. befürwortet die Ostseeparlamentarierkonferenz, dass die neuen langfristigen Prioritäten für die Zusammenarbeit im Rahmen des Ostseerates auch während der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz berücksichtigt werden;
26. nimmt die Ostseeparlamentarierkonferenz mit Befriedigung den positiven Prozess des Dialogs und des Informationsaustauschs mit dem Ostseerat zur Kenntnis, sieht einer weiteren beiderseitigen Entwicklung des Dialogs mit Freude entgegen und ermutigt die Regierungen des Ostseerates, über den Ostseerat einen jährlichen Bericht zur Umsetzung der Resolutionen der Ostseeparlamentarierkonferenz vorzulegen;
27. bittet die Ostseeparlamentarierkonferenz den Ständigen Ausschuss, die Strukturen und Arbeitsmethoden der Ostseeparlamentarierkonferenz auf der Grundlage von Überlegungen, die im Rahmen des Erweiterten Ständigen Ausschusses angestellt wurden, zu überprüfen und zu bewerten, und der 18. Ostseeparlamentarierkonferenz 2009 darüber Bericht zu erstatten;
28. begrüßt die Ostseeparlamentarierkonferenz dankbar die freundliche Einladung des dänischen Parlaments, die 18. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 31. August bis 1. September 2009 in Dänemark abzuhalten.

Franz Thönnies, MdB
Leiter der deutschen Delegation